

Andrea Röpke, Andreas Speit

Völkische Landnahme

**Alte Sippen,
junge Siedler,
rechte Ökos**

Ch. Links Verlag



Beziehungen. Dem Radiosender Deutschlandfunk Kultur berichteten die Kubitscheks 2016, sie seien 2002 bewusst in den Osten nach Sachsen-Anhalt gezogen, weil es dort kaum Ausländer gebe und noch ein deutscher Geist herrsche. Andere Sympathisanten und Bekannte zogen nach Mecklenburg, Sachsen-Anhalt oder Thüringen. Die Töchter der Familie haben »immer Röcke« zu tragen, »Fernsehen ist für alle tabu«, heißt es bei Deutschlandfunk Kultur. Wenn sich die Kinder den Regeln widersetzen, würden sie mit häuslichen Arbeiten bestraft. Alrunas Mutter, die Schriftstellerin Ellen Kositzka, moderiert den »Kanal Schnellroda« bei YouTube. Ein Freund der Familie ist der thüringische AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke.



Ausschreitungen bei einer Demonstration der Identitären in Berlin 2017

Bei Aktionen oder Veranstaltungen der *Identitären Bewegung* ist oft mindestens eines der Geschwister mit dabei. Sie seien »widerständig« erzogen, umschrieb eine Tochter die Erziehung mit altmodischen Worten. Widerständig meint: gegen die Welt da draußen. Kritik nach innen ist nicht zu vernehmen. Einige der belesenen und musikalischen Kinder des Paares sind Internatsschüler, die nebenher die Lager des *Freibundes* besuchten. In der Freizeit werden sie im Schlepptau der Eltern bei politischen Events gesehen. Zum Beispiel wenn Götz Kubitschek zu einem Auftritt als Redner zur rassistischen *Pegida*-

Demonstration nach Dresden reist, ist eines der Kinder dabei. Eine ganze Schar bis zur Jüngsten nimmt 2015 am Treffen des völkischen Höcke-»Flügels« der *Alternative für Deutschland* (AfD) am Kyffhäuser Berg in Thüringen teil. Die Kinder erleben dort die Aussperrung der Presse, hören zünftige deutsche Volksmusik und deftige Stammtischparolen. Als 16-Jährige gab Alruna gemeinsam mit der Halbschwester Yelka bei der Demonstration der *Identitären Bewegung* in Berlin 2017 ein kurzes Interview. Die beiden jungen Frauen gehörten zu einer kleinen Gruppe weiblicher Teilnehmer, die das Frontransparent tragen durften. Sehr zielgerichtet antwortete sie einer TV-Reporterin auf die Frage, warum sie hier sei: »Wir halten es für das Richtige, hier für Deutschland zu kämpfen.« Ob Deutschland bedroht sei, hakte die Interviewerin nach? Das Mädchen antwortet wie eingeübt: »Ja, schon vom großen Austausch. Dass hier das deutsche Volk gegen andere Kulturen ausgetauscht wird.«

»Wer schreit, hat Unrecht« steht auf der Tafel, die der junge Mann gemeinsam mit anderen stillschweigend den Kameras entgegenstreckt. Tilman ist einer der *Identitären*, die sich auf der Buchmesse in Leipzig im März 2018 vor dem Stand des Antaios Verlages von Götz Kubitschek aufgestellt haben. Pressefotos zeigen ihn neben seiner Freundin Alruna, die ebenfalls eine Protesttafel in die Höhe hält. Die beiden sollen sich beim *Freibund* kennengelernt haben. Jetzt gehören sie zu denen, die sich dem angekündigten Protest der »Verlage gegen Rechts« entgegenstellen. Zuvor waren sie mit einer kleinen Gruppe um Kubitschek zu einer Podiumsdiskussion zum Thema »Über Rechte schreiben« gekommen, wo sie mit Zwischenrufen störten. Auf dem »Zeit«-Blog »Störungsmelder« werden die *Identitären* als Kubitscheks »eigene Soldaten vor Ort« bezeichnet. Unter ihnen seien Kampfsportler. »Störungsmelder«-Autor Henrik Merker war dabei, als Tilman, Alruna und die anderen ihre Tafeln hochhielten. Er erinnert sich: »Kubitschek kommandierte im Befehlston, wer welches Plakat nimmt, wann losgegangen wird. Einige Frauen bekamen Plakate in die Hand gedrückt für ein paar Fotos, danach übernahmen die Männer sie wieder.« »Der Punkt ist, daß wir unseren Anhängern ein Schweigegebot auferlegt hatten«, berichtet Ellen Kositzka später bei »Sezession«, »wir und unsere Leute hielten stumm Schilder hoch.« Doch Alrunas Eltern sind es, die sich nicht an die Stille halten. Der zu cholerischen Ausfällen neigende Oberleutnant a. D. der Bundeswehr Götz Kubitschek brüllt die rund 200 Gegendemonstranten an. Zuerst sei Ellen Kositzka, danach ihm »der Kragen« geplatzt, räumt er anschließend ein. Kubitschek ist sauer, weil seine Anwesenheit auf keinem der etwa 20 Podien gegen Rechts erwünscht gewesen sei. Auch Patrick Schröder aus Bayern steht an dessen Stand. Schröder organisiert Rechtsrockkonzerte, vertreibt die Kleidungsmarke Ansgar Aryan und ist Moderator des NPD-nahen Internetfernsehens FSN.tv. Zeugen berichten von Schubereien durch die *Identitären*. »Wir nennen das, was wir heute Abend dann vier Tage lang gemacht haben werden, »erweitertes Verlegertum«: Bücher verlegen und ihnen gegen den erklärten und praktizierten Widerstand der »Zivilgesellschaft« den Resonanzraum verschaffen, der ihnen gebührt«, schreibt Kubitschek am 18. März 2018 in »Sezession«.

Tilman und seine Freundin Alruna scheinen einen Geistes. Beide sind begeisterte Bündische. Sie übernehmen auch die Verantwortung für Jüngere beim Winterlager auf Ameland. Beide jungen Leute sind musikalisch, introvertiert, ehrgeizig. In der Vorstellung erzogen, zur Avantgarde des Volkes zu gehören. Letztes Jahr nahmen sie an der »Großfahrt« in die Ukraine teil. Tilmans Brüdern soll das »Regiment« beim *Freibund* nicht gefallen haben, auch nicht, im Winter in einem Eisloch zu baden. Der schwächliche Waldorfschüler aber blieb dem Bund treu.

Tilmans Vater ist Allgemeinmediziner und in die Holocaustleugner-Szene um Ursula Haverbeck und Horst Mahler involviert. Bereits 2007 wurde er auf einer internen Unterstützerliste für Gernar Rudolf geführt. Der rechtsextreme Geschichtsrevisionist Rudolf wurde wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu einer Haftstrafe verurteilt, weil er entgegen der historischen Wahrheit den Holocaust als Erfindung der Juden dargestellt hatte. Der Vater des jungen Mannes, ein Anthroposoph, war zu dieser Zeit noch Schularzt einer Waldorfschule in Nordrhein-Westfalen. 2011 hielt der wegen Volksverhetzung verurteilte niedersächsische Mediziner und Mitbegründer der inzwischen aufgelösten *Europäischen Aktion*, Dr. Rigolf Hennig, Kontakt zu ihm. Holocaustleugner Hennig bat den ärztlichen Kollegen um die Verteilung von 600 politischen Plakaten.

Nationalsozialismus und heutiger Rechtsextremismus sind ohne die politische Vorarbeit durch zahlreiche Bünde, Gilden oder Landsmannschaften aus den 1920er Jahren nur schwer denkbar. Einige der Zusammenschlüsse haben eine über 100-jährige Geschichte, andere gründeten sich erst nach 1945. Antisemitische Tendenzen gab es bereits Anfang des 20. Jahrhunderts, in der Hochzeit bündischen Lebens. Der österreichische Wandervogel verbot schon 1913 »Slaven«, »Welschen« und Juden den Zutritt in seine Reihen, »weil wir, umbrandet von Fremden und durchsetzt von Mischlingen, unsere rassische Reinheit bewahren müssen«. Anders als die Burschenschaften setzte sich die historische Jugendbewegung keine staatspolitischen Ziele, sondern wandte sich eigenen Angaben zufolge den »inneren Fragen des Volkslebens« zu. Auch Mädchen wurden aufgenommen, da sie den Hauptanteil an der »sittlichen Reinheit« trügen, hieß es. Aus rechter Sicht griff die Jugendbewegung in der Vergangenheit »volkspolitisch« und »volkswirtschaftlich« handelnd ein, so gab es Freiwilligendienste auf dem Lande.

Straffe Hierarchien und getrenntgeschlechtliche Aktivitäten kennzeichneten vor allem die völkisch-nationalistischen Bünde. Die NSDAP unter Adolf Hitler übernahm die Ideologie der vielschichtigen biologisch-rassistischen Bewegung und zum Teil auch deren Personal. Der Verein *Freibund e. V.* ging später aus dem in den 1960er Jahren gegründeten *Bund Heimatreue Jugend* (BHJ) hervor. 1962 wurde der BHJ ins Vereinsregister in Nürnberg eingetragen, er grenzte sich seit 1973 von zu offen rechtsextremen Gruppen wie der *Wiking-Jugend* (WJ) ab. 1990 kam der Namenszusatz *Der Freibund* hinzu, zwei Jahre zuvor war die Odalrune bereits durch die schwarze Fahne mit aufgehender Sonne als »Bundessymbol« ersetzt worden. Der Potsdamer Politikwissenschaftler Gideon Botsch weist darauf hin, dass diese Gruppierungen das Label »Wandervogel« nutzen, um sich einen unpolitischen Anstrich zu verleihen. Bünde wie der *Sturmvogel – Deutscher*

Jugendbund, so Botsch, bieten aber für betroffene Kinder und Jugendliche eine »umfassende Schulung« an, die durchaus eine »ideologische Festigung« nach sich zieht. Auch die beiden verbotenen Gruppierungen WJ und HDJ, erklärt Botsch, verbanden bündische Elemente mit nationalsozialistischem Gedankengut. »Gruppen wie sie versuchen, die historische Jugendbewegung für sich zu vereinnahmen«, resümiert der Kenner der Szene. Ziel sei es, Kinder und Jugendliche gegen die bundesdeutsche Gesellschaft zu immunisieren.

»Zuerst einmal wollen wir an einer rechten Milieubildung mitarbeiten«, schrieb der Freibünder und Gründer des nationalen Jugendportals »Blaue Narzisse« Felix Menzel aus Chemnitz bereits 2007 in Kubitscheks Zeitschrift »Sezession«. Zur Milieubildung reiche das journalistische Betätigungsfeld aber nicht aus, daher würden sich Autoren und Redakteure zusätzlich in Schüler- und Studentenverbindungen oder in der bündischen Jugend »engagieren«. Genau diese wechselseitigen Netzwerke sind es, die kaum überschaubar an Einfluss gewinnen.

Peter Felser ist laut eigener Vita in einer Großfamilie mit zehn Geschwistern, in »einfachen Verhältnissen«, aufgewachsen. Heute ist der ehemalige Bundeswehroffizier und Diplom-Pädagoge aus Bayern stellvertretender Fraktionschef der AfD im Bundestag. Seine Bewerbungsrede schloss er beim Landesparteitag in Greding mit den Worten: »Kämpfen wir! Der Freiheit eine Gasse! Für Deutschland!«

Peter (»Pit«) Felser, Jahrgang 1969, war 1995 Sprecher der *Junggilde Heinrich der Löwe* in München. Während seines Studiums an der Bundeswehruniversität war er in die völkischnationalistische Studentenverbindung aufgenommen worden, die ihre Mitglieder wie der *Freibund* auf das Lebensbundprinzip verpflichtet. Felser schrieb in den »Blättern der Deutschen Gildenschaft« (DG) und lernte den Gildenschafter Götz Kubitschek aus Schwaben kennen, der ebenfalls eine Offizierslaufbahn bei der Bundeswehr anstrebte. Gemeinsam veröffentlichten sie 2001 ein kritisches Buch über ihren Bosnieninsatz, es wird mit dem Zusatz: »Bündische in Bosnien« beworben. Felser und Kubitschek gründeten mit dem Freibünder Bernd Widmer einen Film-Verlag, von dem sich Kubitschek wieder trennte. 2001 zog der bayrische Naturliebhaber Felser ins Allgäu und baute für die eigene Großfamilie einen Bauernhof um. In seiner Freizeit engagierte er sich in einer Initiative gegen den Bau von Windkraftanlagen. Laut Homepage führen Widmer und Felser das mittelständische Medienunternehmen, welches Werbefilme für Biogasanlagen und Futtermischwagen, aber in der Vergangenheit auch Medien für rechtsgerichtete Verlage produziert haben soll. Dem Kreis um Kubitschek will Felser nicht mehr zugerechnet werden. Er gehöre der gemäßigten Linie der AfD an, sagte er. Das Portal »Allgäu-rechtsaußen« enthüllte 2018, dass ein ehemaliges Mitglied der *Wiking-Jugend* zehn Jahre lang bis 2016 als Graphiker in Felsers Medienunternehmen tätig war, bevor der Mann als Mitarbeiter in die Thüringer AfD-Landtagsfraktion von Björn Höcke wechselte.

Erreichbar ist der *Freibund e. V.* über ein Postfach in Göttingen. Bundesführer des *Freibundes* ist Eckhard Bednarski, Lehrer für Deutsch und Geschichte. Im Interview mit

der »Jungen Freiheit« sagte Bednarski 2007: »Was der Zeitgeist vorgibt, interessiert uns nur am Rande. Wichtig ist uns, ein ausgeglichenes Geschichtsbewusstsein zu fördern.« Dafür lud sich der *Freibund* in der Vergangenheit externe Referenten wie den Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub oder 2007 den Northeimer Gildenschaftler und Autoren Karlheinz Weißmann ein. Bednarskis Großvater veröffentlichte während der NS-Zeit 1941 eine Broschüre mit dem Titel: »Durchbruch zum deutschen Glauben – Ein Kampf für Deutschland – Gedanken eines Nationalsozialisten zum deutschen Glaubenskampf«. Vater Wolfram gehörte bis zum Verbot dem verfassungsfeindlichen Verein *Bauernhilfe e.V.* um Holocaustleugner wie Horst Mahler und Ursula Haverbeck an, kandidierte bereits 1994 für die *Republikaner*. Heute ist er Ratsmitglied der AfD in der Stadt Springe. Im niedersächsischen Schnega, einer 1300-Seelen-Gemeinde im Wendland, nahe der Landesgrenze zu Sachsen-Anhalt, wurde Wilhelm von Gottberg durch seinen Parteiwechsel von der CDU zur AfD der erste Bürgermeister seiner neuen Partei. Seit 2013 gehört von Gottberg der Partei an, als Abgeordneter vertritt er sie im Bundestag. Wilhelm von Gottberg, Jahrgang 1940, Vater von sechs Kindern, ilte schon als langjähriger Vorsitzender der *Landmannschaft Ostpreußen* ein stramm rechter Ruf voraus. Im Juli 1998 sagte er auf der Feier zum fünfzigjährigen Bestehen der Landmannschaft: »Wir warten schon lange auf eine offizielle Bitte um Vergebung durch Polen, Tschechien und Russland für die völkermordartigen Vertreibungsverbrechen.« 2001 beklagte Gottberg in einem Leitartikel des »Ostpreußenblattes«, dass zur »Kriminalisierung der Deutschen« immer noch »der Völkermord am europäischen Judentum herangezogen« werde. Mit Rückgriff auf den italienischen Neofaschisten Mario Consoli schrieb er, diese »Propaganda-Dampfwalze wird mit den Jahren nicht etwa schwächer, sondern stärker, und in immer mehr Staaten wird die jüdische ›Wahrheit‹ über den Holocaust unter gesetzlichen Schutz gestellt«. 2017 versuchte er, diese Aussage zu relativieren. In seiner Bewerbungsrede für die Bundestagskandidatur im selben Jahr versprach er, sich für das Ende des »Kults der Schuld« im Bundestag einzusetzen. Die Zusammenarbeit mit dem *Freibund* legte er selbst offen. 2007 berichtete Gottberg, dass seine Landmannschaft eine Fahrt des rechten Jugendbundes nach Ostpreußen mit 1000 Euro »alimentiert« habe. Etwa 80 Kinder verbrachten zwölf Tage in einem Lager am Dadai-See.

Ein einziges öffentliches Dokument spiegelt die Programmatik des *Freibundes* wider: die »Freiburger Erklärung« von 2005. Darin bekennt sich der Bund offiziell zum Grundgesetz und gibt vor, den Weg der Politisierung anderer Bünde nicht mitgehen zu wollen. Diese Haltung bezeichnet Götz Kubitschek in einem Artikel der »Sezession« als »Aderlass« und weist auf die »ganzheitliche, heimatverbundene, jugendbewegte Reifung der Mitglieder« hin. 2014 war Kubitschek sauer, weil ausgerechnet die »Junge Freiheit«, bei der er in der Vergangenheit Redakteur war, den *Freibund* kritisierte. Autor Roland Wehl schrieb wohlwollend über den Ausschluss von *Freibund* und anderen Bünden wegen ihrer »Rechtslastigkeit« aus der »Jugendburg Ludwigstein«, dem Zentrum der deutschen Jugendbewegung. Wehls Artikel, der Götz Kubitschek so empörte, zog die Glaubwürdigkeit der »Freiburger Erklärung« in Zweifel. So werde am »Bundeslied«